

## Erderhitzung und Politikversagen: Die Natur ist in höchster Gefahr, die Demokratie ebenso

Politik ist die Auseinandersetzung um gesellschaftliche Ziele sowie um Wege, Ressourcen und Tempo zu ihrer Erlangung, und Demokratie ist **ein** Rahmen – es gibt andere – in welchem diese Auseinandersetzung stattfindet.

Freiheitlichen Demokratien gemeinsam ist ein Bündel von normativen Attributen: Freie Wahlen, an denen alle Bürger mühelos und gleichberechtigt teilnehmen können; verbrieft Grundrechte betreffend Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit; Gewaltenteilung zwischen Regierung, Parlament und unabhängiger Justiz; transparentes sowie regelbasiertes Verwaltungshandeln, freie Medien und unabhängige Wissenschaft.

Die Grundannahme ist, dass Demokratien, weil sie offen sind und weil sich die Regierenden bei der Bevölkerung periodisch um ein neues, zeitlich beschränktes Mandat bewerben müssen, besser als andere Regierungsformen komplexe Herausforderungen

bewältigen können. Im Folgenden geht es um die Benennung der Hürden, welche heutige westliche Demokratien überwinden müssen, um die Erderhitzung zu verlangsamen und um ihre Folgen abzuschwächen. Deutschland steht beispielhaft für die Gattung westlicher demokratischer Industrieländer, in denen sich in den vergangenen sechzig Jahren der heutige – historisch einmalige, nun jedoch als normal empfundene – Wohlstand entwickelte, dessen ökologische Kosten zunehmend deutlicher werden.

Die Erderhitzung ist die größte Herausforderung der Menschheitsgeschichte. Nero, Napoleon, Hitler, Stalin oder Mao konnten keine Gletscher abschmelzen und den Meeresspiegel ansteigen lassen. Die heutigen Menschen können es. Und sie tun es.

Bundeskanzlerin Merkel, die bekanntlich weder zum Drama noch zur Übertreibung neigt, sagte auf der Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Bonn im November 2017 (COP23), dass wir „vor **der** zentralen Herausforderung der Menschheit stehen. Der Klimawandel ist für unsere Welt eine Schicksalsfrage. Sie entscheidet über das Wohlergehen von uns allen.“<sup>1</sup> Die Erderhitzung ist ein noch nie dagewesenes, globales Politikproblem.



---

**Prof. Dr. Franz Baumann**

*Franz Baumann, seit 2017 Gastprofessor an der New York University, forscht und lehrt zur Politik der Erderhitzung. Sein Berufsweg: Europäisches Parlament (Luxemburg), Europäische Kommission (Brüssel), Siemens (München); über dreißig Jahre lang in zahlreichen Funktionen für die Vereinten Nationen tätig.*

---

---

<sup>1</sup> Angela Merkel. Rede am 15. November 2017;

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2017/11/2017-11-15-bk-cop23.html>

Obwohl die Erderhitzung das Überleben der Menschheit gefährdet, entzieht sie sich einfachen Lösungen. Erstens, weil ihre Ursachen sowohl weit in die Geschichte zurückreichen als auch weit in die Zukunft wirken. Zweitens, weil ihre Auswirkungen global sind, wenn auch nicht gleichmäßig: Die Menschen im Süden haben am wenigsten zum Problem beigetragen, sind aber am meisten von den Folgen betroffen. Drittens, weil die Erderhitzung der Nebeneffekt legitimen Wirtschaftens ist, das heißt die Kehrseite des ungeheuren Wohlstandsschubs der letzten Jahrzehnte. Viertens, weil dem beispiellosen Reichtum einer Minderheit auf der Welt die gravierende Armut einer Mehrheit gegenübersteht und ökologische Nachhaltigkeit von nationaler, regionaler, internationaler und intergenerationaler Verteilungsgerechtigkeit nicht getrennt werden kann. Fünftens, weil die Zeit drängt: Was in den kommenden Jahrzehnten geschieht – oder eben nicht geschieht –, wird die Lebensverhältnisse der nächsten Jahrhunderte, wenn nicht Jahrtausende bestimmen.<sup>2</sup>

Die Erderhitzung ist schon lange keine Frage der Wissenschaft, mangelhafter Daten, unvorhersehbarer Entwicklungen oder unerwarteter Enthüllungen mehr. Der Deutsche Bundestag richtete 1987 eine Enquete-Kommission *Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre* ein, die ihren Abschlussbericht im Mai 1990 vorlegte.<sup>3</sup> Den über 900 Seiten sorgfältiger wissenschaftlicher Analyse und Politikempfehlungen ist selbst heute – dreißig Jahre nach der Veröffentlichung – wenig hinzuzufügen, außer dass, wegen der vergeudeten Zeit, der Spielraum nun enger ist und die Umsteuerung teurer, schwieriger und konfliktreicher sein wird.

Nun ist die Erderhitzung kein Problem mehr, welches billig, schmerzlos, lokal, regional, national oder kontinental gelöst werden kann. Sie ist auch mit Sicherheit keine Angelegenheit persönlicher Tugend oder individueller Lebensstile. Stattdessen ist sie eine Aufgabe solch beträchtlichen Ausmaßes, dass wissenschaftliche, wirtschaftliche oder persönliche Anstrengungen *allein* nur wenig ausrichten können. Um in der erforderlichen Dimension zu wirken, müssen sie integriert, koordiniert und strategisch in großem Maßstab vorangetrieben werden. Ist dies realistisch oder stößt die Erderhitzung an die Grenze der vorhandenen politischen – nicht der wissenschaftlichen, technischen oder finanziellen – Lösungskapazität? Ist es nicht sogar wahrscheinlich, dass sie diese übersteigt?

Die Erderhitzung ist das Resultat von zu vielen Treibhausgasen in der Atmosphäre, hauptsächlich Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), aber auch Methan (CH<sub>4</sub>) und anderen. Kohlendioxid – ein unsichtbares, geruchloses Spurengas – hat die ungute Eigenschaft, Jahrhunderte zum Abbau zu benötigen. Das bedeutet, dass der heutige CO<sub>2</sub> Anteil in der Atmosphäre die Summe historischer Bestandsgrößen (stocks) und aktueller Stromgrößen (flows) ist. In der Lösungsdiskussion kann es deshalb nicht nur um aktuelle Emissionen gehen, sondern auch darum, wer wieviel in der Vergangenheit emittiert hat. Weil die Industrialisierung sehr energieintensiv war, haben die

---

<sup>2</sup> Weltklimarat. „1,5°C Globale Erwärmung: Ein IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5°C gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgasemissionspfade im Zusammenhang mit einer Stärkung der weltweiten Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Anstrengungen zur Beseitigung von Armut“, Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger, 30.11.2018, A.2, S. 9; [https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM\\_de\\_181130.pdf](https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_181130.pdf)

<sup>3</sup> Dritter Bericht der Enquete-Kommission *Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre* (gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 16. Oktober und vom 27. November 1987 sowie vom 7. Dezember 1988) – Drucksachen 11/533, 11/787, 11/971, 11/1351 und 11/3479 – Drucksache 11/8030 vom 24.5.1990; <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/11/080/1108030.pdf>

USA ca. 30 Prozent der historischen CO<sub>2</sub> Emissionen zu verantworten, die EU 25, Russland und China je 8, Japan 4 und Indien 2 Prozent. Alle Industrieländer zusammen verursachten 77 der Emissionen, alle Entwicklungsländer 23 Prozent.<sup>4</sup> Letztere pochen auf Nachholbedarf und sehen erstere in der Pflicht, dem Verursacherprinzip entsprechend den Schaden maßgeblich zu beheben.

Gewiss beruht der Reichtum in Industrieländern wie Deutschland auf Arbeit, Wissenschaft und Kreativität, aber eben auch auf den fossilen Brennstoffen, die seit zweihundert Jahren, ausgegraben, verbrannt und in der Atmosphäre abgelagert werden. Dies muss nun aufhören: Im Jahre 2050 soll Deutschland (ebenso die Europäische Union) treibhausgasneutral und sollen die Nettoemissionen auf null gesenkt sein, was eine ungeheure nationale und europäische Aufgabe ist, aber eine noch größere auf globaler Ebene, die Deutschland und Europa mitgestalten müssen.

Seit 1988, dem Jahr des ersten Zwischenberichts der erwähnten Bundestags Enquete-Kommission,<sup>5</sup> der Schaffung des Weltklimarats und der ersten Resolution der UNO Generalversammlung zum Klimawandel,<sup>6</sup> haben sich die globalen CO<sub>2</sub> Emissionen fast verdoppelt. Nicht nur das. Die Emissionen der letzten drei Jahrzehnte entsprechen denen der gesamten vorangegangenen Menschheitsgeschichte.

Weil bislang die tatsächlich anfallenden Umwelt- und Gesundheitskosten fossiler Energien – das Umweltbundesamt kalkuliert €180 pro Tonne CO<sub>2</sub><sup>7</sup> – nicht beglichen, sondern auf die lange Bank geschoben wurden, ist Treibhausgasneutralität nun eine ebenso gigantische wie politisch heimatlose Aufgabe. Anstatt ein Nischen- oder Wohlfühlthema zu sein, geht es um nicht weniger als um den radikalen und sofortigen Umbau der Wirtschaft und Landwirtschaft, der Städte und der Mobilität, des Wohnens, Essens und Reisens. Verzwickt, schmerzhaft und teuer wird es werden, aber lange nicht so wie eine weitere Lösungsverschleppung.

Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina „fordert deshalb nachdrücklich einen **unmittelbaren Transformationsschub**.“<sup>8</sup> Wie anders können sonst die CO<sub>2</sub>-Emissionen in einem Jahrzehnt halbiert und in drei Jahrzehnten eliminiert werden? Es geht also nicht um das Justieren einiger Stellschrauben, sondern um die grundsätzliche Überprüfung des auf Wachstum und Export basierenden Wirtschaftssystems. Die Bepreisung von CO<sub>2</sub> muss steuern, damit

---

<sup>4</sup> Our World in Data; *Annual CO<sub>2</sub> emissions 1751-2017*; <https://ourworldindata.org/grapher/annual-co2-emissions-per-country?year=2016>

<sup>5</sup> Erster Zwischenbericht der Bundestags Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre.“ Drucksache 11/3246, 2. November 1988; <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/11/032/1103246.pdf>

<sup>6</sup> Resolution *Schutz des Weltklimas für die heutigen und die kommenden Generationen* (A/RES/43/53, 6. Dezember 1988; <https://www.un.org/Depts/german/gv/gv-bd-early/a-43-49-bd1.pdf>, S. 155-157)

<sup>7</sup> Astrid Matthey und Björn Bünger. „Methodenkonvention 3.0 zur Ermittlung von Umweltkosten: Kostensätze Stand 02/2019,“ *Umweltbundesamt*, 11. Februar 2019, S. 9; [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-02-11\\_methodenkonvention-3-0\\_kostensaetze\\_korr.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-02-11_methodenkonvention-3-0_kostensaetze_korr.pdf)

In der sorgfältigen Analyse wird erklärt, dass €180/tCO<sub>2</sub> die zukünftigen Schäden diskontiert, also geringer einschätzt als den heutigen Nutzen. Bei einer Gleichgewichtung der Nutzen heutiger und zukünftiger Generationen wäre der Schaden mit €640/tCO<sub>2</sub> zu bemessen (Seite 9).

<sup>8</sup> Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, *Klimaziele 2030: Wege zu einer nachhaltigen Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen*, Juli 2019, S. 6, Hervorhebung im Original; [https://www.leopoldina.org/uploads/tx\\_leopublication/2019\\_Stellungnahme\\_Klimaziele\\_2030.pdf](https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2019_Stellungnahme_Klimaziele_2030.pdf)

volkswirtschaftliche Ressourcen in Richtung Treibhausgasneutralität umgeschichtet werden. Milliarden Euro klimaschädlicher Subventionen müssen drastisch zurückgefahren,<sup>9</sup> Milliarden Euro von klimaschonenden Investitionen drastisch hochgefahren – und das Ganze muss in ein globales Regelwerk eingebettet werden.

Den Ernst der Situation – Notstand ist keine Übertreibung – sowie das Ausmaß der Herausforderung würde man angesichts der von Regierungen gegenwärtig angebotenen Themen nicht vermuten. Diese sind Fragen wie Plastiktütenverbot, freies Zufahren für Bundeswehrsoldaten, Kitaplätze, Grundsicherung für einen Teil der Rentner. Alles zweifellos vernünftige Maßnahmen, sofern sie Teile einer Gesamtstrategie zur Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wären. Und selbstverständlich ist Sozialverträglichkeit – wie überhaupt nationale und internationale Gerechtigkeit und Solidarität – die Grundvoraussetzung des erforderlichen umfassenden ökologischen Umbaus. Bloß dienen Fairness und Sozialstaatlichkeit bislang eher als Argumente gegen einen solchen. Das Gleiche gilt für Arbeitsplätze, den Kohleausstieg, die Überwindung des Verbrennungsmotors und der ausgeprägten Exportabhängigkeit der Wirtschaft.

Dabei muss, unter der Leitfrage, was es braucht – nicht was geht –, *alles* auf eine grundsätzliche Vereinbarkeit mit Treibhausgasneutralität überprüft werden. Und weil die Erderhitzung ein globales Problem ist, muss die Antwort beinhalten, was es global braucht und was der Beitrag eines reichen Landes wie Deutschland zu sein hat.

Ein Rückblick ist hier angebracht. Seit 1960 wuchs in Deutschland:

- ▶ das Pro Kopf Bruttosozialprodukt von unter \$3000 auf ca. \$50000,<sup>10</sup>
- ▶ der jährliche pro Kopf Stromverbrauch von knapp 1600 auf über 7000 Kilowattstunden,<sup>11</sup>
- ▶ die Pro Kopf Wohnfläche von unter 20m<sup>2</sup> auf 50m<sup>2</sup>,<sup>12</sup>

---

<sup>9</sup> Deutschlands Subventionen fossiler Brennstoffe sind im hohen zweistelligen Milliardenbereich. In den Jahren 2014 bis 2016 wurden für 87 Subventionen €36 Milliarden ausgegeben. Siehe Overseas Development Institute (ODI), *Germany ignoring majority of fossil fuel subsidies in G20 review*, 15 November 2017; <https://www.odi.org/news/840-germany-ignoring-majority-fossil-fuel-subsidies-g20-review-odi-experts>

Insgesamt addieren sich alle klimaschädlichen auf €55 Milliarden pro Jahr. Siehe Bundesamt für Naturschutz, *Abbau naturschädigender Subventionen und Kompensationszahlungen auf stoffliche Belastungen Ökonomische Instrumente zum Schutz der biologischen Vielfalt*, April 2019, S. 4; [https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/oekonomie/Dokumente/Abbau\\_naturschaedigender\\_Subventionen.pdf](https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/oekonomie/Dokumente/Abbau_naturschaedigender_Subventionen.pdf)

<sup>10</sup> The World Bank, GDP per capita (current US\$); <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD>

CEIC Data, Germany Nominal GDP 1960 – 2019; <https://www.ceicdata.com/en/indicator/germany/nominal-gdp>

Macrotrends; <https://www.macrotrends.net/countries/DEU/germany/gdp-gross-domestic-product>

Statista: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4878/umfrage/bruttoinlandsprodukt-von-deutschland-seit-dem-jahr-1950/>

Wegen der Schwierigkeit der Datenvergleichbarkeit sind die Angaben nur indikativ.

<sup>11</sup> The World Bank, Electric power consumption (kWh per capita); <https://data.worldbank.org/indicator/EG.USE.ELEC.KH.PC?locations=DE>

<sup>12</sup> Statistisches Bundesamt, durchschnittliche Wohnfläche pro Person nach Haushaltstyp; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/Tabellen/liste-haushaltsstruktur-wohnflaeche.html>

GESIS-ZUMA; [https://www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/daten/soz\\_indikatoren/Schlusselindikatoren/W004.pdf](https://www.gesis.org/fileadmin/upload/dienstleistung/daten/soz_indikatoren/Schlusselindikatoren/W004.pdf)

- ▶ die Zahl der PKWs von knapp 4,5 Millionen auf über 47 Millionen,<sup>13</sup>
- ▶ die Anzahl der jährlich von deutschen Flughäfen abreisenden Fluggäste von ein paar Tausenden auf über 124 Millionen.<sup>14</sup>

Das phänomenale Wirtschaftswachstum führte zu breitem materiellem Wohlstand von historisch beispiellosem Ausmaß; aber eben auch zu einer noch nie dagewesenen Belastung der Natur. Dieses Jahr war Deutschlands Guthaben an Naturgütern, welches bis Ende Dezember ausreichen sollte, schon Anfang Mai aufgebraucht.<sup>15</sup>

Es könnte sein, dass der sozialstaatlich demokratische Rahmen, welcher für das Wirtschaftswunder passgerecht war, den nun anstehenden ökologischen Umbau hemmt. Traditionell garantierte wirtschaftliches Wachstum Vollbeschäftigung, verhinderte oder entschärfte Verteilungskonflikte und legitimierte somit das *Modell Deutschland* (das Motto der Kanzlerpartei SPD im Bundestagswahlkampf 1976).

Das Wohlstandsversprechen bröckelte zunächst in den neuen Bundesländern, dann aber auch im wohlhabenden Westen mit dem Wachsen sowohl des Niedriglohnsektors als auch der oberen Einkünfte und der Bankenkrise vor zehn Jahren. Die Globalisierung und Automatisierung internationalisierte die Produktion von Waren und ihren Verkauf – zum Nachteil lokaler Interessen, aber zum Vorteil kostenbewusster Konsumenten. Billige Güter, am anderen Ende der Welt produziert, werden nun vom Lieferdienst ins Haus gebracht, aber die Innenstädte veröden. Die Flüchtlingskrise 2015 beschleunigte den politischen Vertrauensverlust und trieb jene, die sich als Globalisierungs- und Modernisierungsverlierer sehen, in die Arme von chauvinistischen Populisten. Nicht zufällig, sondern in ihrem zur Schau getragenen Anti-Elitismus begründet, sind diese durchgängig – ob in Brasilien, den USA, Russland, Ungarn, Polen, Frankreich, Großbritannien, Italien, Deutschland oder anderswo – wissenschaftsfeindliche Leugner der menschengemachten Erderhitzung und engstirnige Nationalisten.

Was bedeutet es für die Zukunft – nicht nur der Natur, sondern auch der Demokratie –, wenn weiterhin Mögliches und Nötiges versäumt wird? Wie in den USA und in Großbritannien zu besichtigen, können Demokratien absichtlich durch das Aushebeln von Verfassungsinstitutionen geschwächt werden. Aber auch, wie in Deutschland, unabsichtlich durch Politikversagen.

Die Auswirkungen der Erderhitzung werden katastrophal sein, selbst wenn es gelingt, was unwahrscheinlich ist, sie auf 2°C zu beschränken. Viele Städte in Afrika, im Nahen Osten und in Südasien werden schon ab 2050 im Sommer tödlich heiß werden, die Arktis eisfrei. Weil wärmere Ozeane expandieren und der Eisschild in der Westantarktis abschmilzt, wie auch die Gletscher in Grönland und Island, werden die Küstenstädte der Welt überflutet.<sup>16</sup> Die Versauerung der Ozeane sowie die Abnahme ihres Sauerstoffgehalts bedroht die marine Biodiversität und Ökosysteme und somit ihre Funktionen und Leistungen für den Menschen. Weil die Ern-

---

<sup>13</sup> Statista, Number of registered cars in Germany from 1960 to 2019;

<https://www.statista.com/statistics/587764/number-of-registered-cars-germany/>

<sup>14</sup> Statistisches Bundesamt, “Weiteres Rekordjahr: 124,4 Millionen Fluggäste starteten 2019 von deutschen Flughäfen,” Pressemitteilung Nr. 050, 18. Februar 2020;

[https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/02/PD20\\_050\\_464.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/02/PD20_050_464.html)

<sup>15</sup> Der deutsche Erdüberlastungstag war Freitag, der 3. Mai 2019:

<https://www.footprintnetwork.org/2019/05/02/deutscher-erduberlastungstag-am-3-mai-keine-trendwende-im-verbrauch-naturlicher-ressourcen-hierzulande-in-sicht/>

<sup>16</sup> Weltklimarat (IPCC), *Special Report on the Ocean and Cryosphere in a Changing Climate*, 24. September 2019; [https://report.ipcc.ch/srocc/pdf/SROCC\\_SPM\\_Approved.pdf](https://report.ipcc.ch/srocc/pdf/SROCC_SPM_Approved.pdf)

ten von Mais, Sorghum (Hirse), Weizen, Erdnüssen und Maniok beträchtlich zurückgehen, wird die Ernährungsunsicherheit weltweit zunehmen. Es wird Millionen Klimaflüchtlinge geben, die vor Starkregen, Überschwemmungen, Dürren und extremer Hitze fliehen. Krankheiten werden sich ausbreiten, die Artenvielfalt dramatisch abnehmen und Korallenriffe größtenteils verschwinden. In hunderten von Seiten breitet der Weltklimarat das Schreckenspanorama der Erderhitzung und Verwüstung, der bedrohten Artenvielfalt und Nahrungssicherheit aus, wobei es die aseptische Sprache nicht vermag, die Bestürzung der Wissenschaftler zu verbergen.<sup>17</sup> Eine detaillierte Analyse des *United States Army War College* warnt vor einer klimabedingt düsteren Zukunft, geprägt von Stromausfällen, Krankheiten, Durst, Hunger und Krieg, womöglich gar dem Kollaps des US-Militärs selbst. Alles in den nächsten zwei Jahrzehnten.<sup>18</sup>

Die – solange es Menschen auf der Erde gibt – noch nie dagewesenen und lebensbedrohenden ökologischen Krisen könnten zwar gelöst werden, aber, in der Formulierung des Weltklimarats, nur durch „schnelle und weitreichende Systemübergänge in Energie-, Land-, Stadt- und Infrastruktur (einschließlich Verkehr und Gebäude) sowie in Industriesystemen [... die] beispiellos bezüglich ihres Ausmaßes“ sind.<sup>19</sup> Ähnlich der Weltrat für Biologische Vielfalt: „Die gegenwärtige globale Antwort auf den katastrophalen Verlust von biologischer Vielfalt ist epochal unzureichend. Fundamentale Änderungen sind notwendig, um die Natur zu regenerieren und zu schützen.“<sup>20</sup>

Panik angesichts dieser Entwicklungen ist nicht Alarmismus, Hysterie oder Moralisieren. Es geht schließlich um existenzielle Risiken, nicht zuletzt, weil die Klimakatastrophe unweigerlich zu Kriegen führen wird. Ein nuklearer Schlagabtausch ist nicht auszuschließen. Die Fakten sprechen für sich und gebieten eine Art nicht-militärischer Generalmobilmachung. Was steht dagegen?

Demokratien sind lokal fokussiert, haben einen kurzen Zeithorizont und favorisieren kleine Schritte sowie graduelle Kurskorrekturen. Sie werden auch leicht durch Tagesprobleme abge-

---

<sup>17</sup> Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Climate Change and Land: an IPCC special report on climate change, desertification, land degradation, sustainable land management, food security, and greenhouse gas fluxes in terrestrial ecosystems: Summary for Policymakers, 7 August 2019; [https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2019/08/4.-SPM\\_Approved\\_Microsite\\_FINAL.pdf](https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2019/08/4.-SPM_Approved_Microsite_FINAL.pdf)

Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) Media Release: “Nature’s Dangerous Decline ‘Unprecedented’; Species Extinction Rates ‘Accelerating,’” 6 May 2019; <https://www.ipbes.net/news/Media-Release-Global-Assessment>

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). “Global Warming of 1.5°C: an IPCC special report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty,” 2019; [https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/06/SR15\\_Full\\_Report\\_High\\_Res.pdf](https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/06/SR15_Full_Report_High_Res.pdf)

<sup>18</sup> United States Army War College. “Implications of Climate Change for the U.S. Army.” May 2019; [https://climateandsecurity.files.wordpress.com/2019/07/implications-of-climate-change-for-us-army\\_army-war-college\\_2019.pdf](https://climateandsecurity.files.wordpress.com/2019/07/implications-of-climate-change-for-us-army_army-war-college_2019.pdf)

<sup>19</sup> Weltklimarat. „1,5°C Globale Erwärmung: Ein IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5°C gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgasemissionspfade im Zusammenhang mit einer Stärkung der weltweiten Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Anstrengungen zur Beseitigung von Armut,“ Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger, 30. November 2018, S. 22; [https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM\\_de\\_181130.pdf](https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_181130.pdf)

<sup>20</sup> IPBES Media Release: “Nature’s Dangerous Decline ‘Unprecedented’; Species Extinction Rates ‘Accelerating,’” 6 May 2019; <https://www.ipbes.net/news/Media-Release-Global-Assessment>

lenkt und tun sich schwer mit der Verwirklichung langfristiger Gemeinschaftsaufgaben. Ihre implizite Maxime ist die Bewahrung des mühsam errungenen Status Quo. Behutsame Anpassungen sind akzeptabel, sogar erwartet und stabilisierend. Grundlegende Umstrukturierungen, selbst wenn ihr langfristiger Nutzen außer Frage steht, mobilisieren Opposition, weil sie konkrete Interessen tangieren und Investitionen, Renditen, Arbeitsplätze sowie Konsumgewohnheiten gefährden. Die Nutznießer hingegen, obwohl zahlenmäßig in der Mehrzahl, sind diffus, unorganisiert und – weil noch gar nicht geboren – ohne Stimme. Kurzfristige Interessen erschweren über den Tag hinausgehende Maßnahmen, egal ob diese längerfristige Wettbewerbsvorteile versprechen oder auf fundierten und alarmierenden Risikoanalysen basieren.

Der Gouverneur der Bank von England, Mark Carney, nennt den Klimawandel die „Tragödie des Horizonts“, weil dessen katastrophale Wirkungen jenseits des normalen Zeitrahmens heutiger Akteure liegen. Die jetzige Generation tut sich schwer, Kosten zu übernehmen, deren Nutzen zukünftige Schadensbegrenzung ist, selbst wenn heutiges Handeln sogar wirtschaftlich sinnvoll wäre (“the more we invest with foresight, the less we will regret in hindsight”).<sup>21</sup> Unvorstellbar, dass die Gefahren nicht bekannt sind, aber sie werden in einer Art von wunschdenkender Selbsthypnose mit Minischritten angegangen, so zum Beispiel mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Fleisch und deren Senkung auf Bahnfahrten, der geringfügigen Verteuerung von Inlandsflügen oder dem Kohleausstieg in zwanzig Jahren. Ausgangspunkt ist der Status Quo, also weder die existentielle Bedrohung menschlichen Lebens, noch die Mobilisierung verfügbarer Ressourcen, um die Gefahr nachhaltig abzuwenden.

Mit Tagesproblemen beschäftigt, ist die Erderhitzung für die Mehrheit der Bevölkerung, Parteien, Regierungen, Unternehmen, Gewerkschaften und Verbände nur ein Thema von vielen. Die chronische Problemüberladung steht einer nüchternen Gewichtung entgegen und verstärkt die Gegenwartsverhaftung sowie die lokale Beschränkung der Politik. Allerdings wird die Verantwortung der Regierung, deren wichtigste Aufgabe es ist, Schaden abzuwenden, nicht durch den Verweis auf fehlende Wählerunterstützung oder den hohen politischen Preis geschmälert. Andernfalls ist Artikel 20a des Grundgesetzes Makulatur:

### **Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere**

Intellektuelle Führung, vorausschauende, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierende Themensetzung und Meinungsbildung wären gefragt, auch um zukünftige Handlungsoptionen zu bewahren. Aber weil die Regierung schwache, widersprüchliche und verwirrende Signale aussendet, verhält sich die Wirtschaft rational, wenn sie sich auf Lippenbekenntnisse und kleinste Schritte beschränkt. Das Auseinanderklaffen von Anspruch und Realität hat großen Anteil am Politikverdruss und dem Erstarken populistischer Parteien. Die Menschen spüren, dass die Dinge aus dem Ruder laufen, die Gesellschaft unfairer wird und die Regierung entweder nicht die Kapazität oder nicht den Willen hat, die Zukunft positiv zu gestalten. Sie ahnen ein Politikversagen grandiosen Ausmaßes.

In Deutschland sind nach den langen Jahren der Großen Koalition beide Regierungsparteien unter Druck, weil von ihnen, mit satter Mehrheit ausgestattet, mehr Problemlösungskompetenz

---

<sup>21</sup> Mark Carney. “Breaking the Tragedy of the Horizon: Climate Change and Financial Stability.” Rede am 29. September 2015; <https://www.bankofengland.co.uk/speech/2015/breaking-the-tragedy-of-the-horizon-climate-change-and-financial-stability>

erwartet wurde. Dass diese schwach ausfiel, beschädigt nicht nur die beiden Parteien, sondern auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie.

Die neoliberale Markthörigkeit der letzten Jahrzehnte hat den Staat geschwächt und seine Rolle angesichts der zunehmend global organisierten Wirtschaft zurückgedrängt. In Folge nahm die Unwucht von Vermögen und Einkommen zu. Die reichsten zehn Prozent der Deutschen besitzen 55 Prozent aller Vermögen; die untere Hälfte hingegen ganze drei Prozent.<sup>22</sup> Das Einkommen der oberen zehn Prozent ist doppelt so hoch wie jenes der unteren fünfzig Prozent.<sup>23</sup> Der Wohlfahrtsstaat wird brüchiger und die öffentlichen Dienstleistungen nehmen ab. Das Vertrauen in die Fairness und Kompetenz des Staates schwindet und bereitet den Boden für populistische Provokateure, samt ihrem Chauvinismus, Egoismus und Primitivismus.

In einer Zeit, in der alles globaler, integrierter und komplexer wird, können vernünftige Demokraten die Diskussionshoheit nicht mit kleinen Schritten zurückgewinnen. Wenn überhaupt, so benötigen sie eine der Problemdimension angemessene Ernsthaftigkeit, Dringlichkeit, Vision und Strategie. Schlüssige Antworten müssen erarbeitet werden, wie Industrie, Landwirtschaft, Arbeit, Städte und Mobilität im kommenden Jahrzehnt neu zu gestalten, wie die Natur zu heilen, die Erderhitzung zu stoppen und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten ist. Klimapolitische Verteilungskämpfe sind zu antizipieren und zu neutralisieren, auch um zu verhindern, dass aus ihnen von Rechtsaußen politisches Kapital geschlagen wird. Grenzenloses Wachstum in einer endlichen Welt stellt sich immer deutlicher als eine Lebenslüge heraus. Vierzig Jahre nach der Ermahnung des eben verstorbenen Erhard Eppler muss ernsthaft diskutiert werden, was noch wachsen kann und was nicht. Und was sogar schrumpfen muss.<sup>24</sup>

Diese Herausforderung wurde von der großkoalitionären Bundesregierung krachend verbockt oder, präziser ausgedrückt, hasenherzig verbummelt. Bei der Vorstellung des *Klimaschutzprogramms der Bundesregierung* gestand die Kanzlerin ein, dass die selbstgesteckten Klimaschutzziele für 2020 zwar verpasst werden, versprach aber Besserung für 2030 und 2050. Unausgesprochen blieb, dass diese Ziele, selbst wenn sie eingehalten würden, was international bislang nicht der Fall ist, ungenügend sind, um eine Klimakatastrophe abzuwenden.<sup>25</sup>

Seit 1990, nach dem statistischen Glücksfall der Abwicklung maroder DDR Industrieanlagen, ist der Primärenergieverbrauch in Deutschland leicht rückläufig, aber der Anteil fossiler Brennstoffe – Mineralöl, Gas und Kohle – liegt auch heute noch bei 79 Prozent. Trotz der massiven Investitionen in Wind- und Solaranlagen, die deren Produktionskapazität vervielfacht haben,

---

<sup>22</sup> Tobias Schmidt und Julia Le Blanc. Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank, „Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF).“ Pressegespräch zu den Ergebnissen der dritten Erhebungswelle (2017) am 12. April 2019, S. 13;

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/794146/6de0d2988ae8165f7314d9a74d2ff283/mL/phf-pressegesprach-vermoegensbefragung-2017-data.pdf>

<sup>23</sup> OECD Income Distribution Database (IDD): Gini, poverty, income, Methods and Concepts; <https://www.oecd.org/social/income-distribution-database.htm>

World Inequality Tables, Income inequality, Germany, 1871-2016; <https://wid.world/country/germany/>

<sup>24</sup> Erhard Eppler und Niko Paech, moderiert von Christiane Grefe. *Was Sie da vorhaben, wäre eine Revolution: Ein Streitgespräch über Wachstum, Politik und eine Ethik des Genug* (München, Oekom Verlag, 2016)

<sup>25</sup> Die bislang von den Staaten, die das Pariser Abkommen ratifiziert haben, angekündigten Emissionseinsparungen müssen nach Berechnungen der Weltorganisation für Meteorologie verdreifacht werden, um das 2°C Ziel zu erreichen, und verfünffacht für 1.5°C. World Meteorological Organization, *United in Science*, 22. September 2019; [https://public.wmo.int/en/resources/united\\_in\\_science](https://public.wmo.int/en/resources/united_in_science)



steckt ihr Anteil bei 14 Prozent fest.<sup>26</sup> Die erneuerbaren Energiequellen haben den Ausstieg aus der Kernenergie aufgefangen, nicht aber fossile Brennstoffe ersetzt. Um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, müsste der Anteil der erneuerbaren Energiequellen in den nächsten beiden Jahrzehnten auf 100 Prozent steigen. Es brauchte 30 Jahre, um 14 Prozent der Energie in Deutschland aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Wie sollen weitere 86 Prozent in den nächsten zwanzig geschaffen werden? Sicherlich nicht mit dem Klimaschutzgesetz der Bundesregierung.

Heute emittiert Deutschland 9,9 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf; für 2030 sind 6,5 Tonnen geplant. Das wäre dann noch immer 50 Prozent mehr als der **heutige** Weltdurchschnitt von 4,8 Tonnen, der bis 2030 auf nicht mehr als 2 Tonnen sinken muss, soll das 1,5°C Ziel erreicht werden.<sup>27</sup> Die erst ab 2021 eingeführte CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist trotz der Nachbesserungen des Bundesrats absurd niedrig, beginnend mit €25 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> und bis 2025 auf €55 Euro ansteigend.<sup>28</sup> Sie kann mangels Masse keine Steuerungswirkung entfalten und auch nicht die Ressourcen einbringen, um einen Richtungswechsel zu finanzieren. Kein Wort im Gesetzesentwurf, dass, wie oben erwähnt, der Schaden einer Tonne CO<sub>2</sub> laut Umweltbundesamt bei €180 liegt. Auch kommt das Abschaffen klimaschädlicher Subventionen ebenso wenig vor wie Investitionen in den *Green Climate Fund* des Pariser Abkommens, der Schutz tropischer Urwälder und der biologischen Vielfalt, oder überhaupt die Förderung globaler Initiativen zur Abwendung der Klimakatastrophe.

Keine der 65 Einzelmaßnahmen ist quantifiziert, sodass unklar bleibt, was sie zum Klimaschutz beitragen sollen. Anstatt eine markante Bürgerprämie auszuschütten, finanziert durch einen nennenswerten CO<sub>2</sub> Preis, werden Wohltaten verteilt, nicht zuletzt an die Autoindustrie. Die Anhebung der Pendlerpauschale ist ein doppeltes Eigentor: Erstens ist es ökologisch unsinnig, den Verkehr zu fördern. Zweitens ist es sozial unausgewogen, Besserverdiener, die einen höheren Grenzsteuersatz haben, mehr zu entlasten als Bezieher geringer Einkommen.

Das Klimaschutzgesetz ist eine vertane Chance, die weder den Regierungsparteien, noch dem Klima, noch dem sozialen Ausgleich, noch der Akzeptanz nützt. Als teilweise funktionierende Halblösung vergeudet das Paket kostbare Zeit und Energie. Es erschwert die strategische Neupositionierung der deutschen Wirtschaft, die nun später unter viel schwierigeren Umständen angegangen werden muss. Eine wirkliche Problemlösung wird nach dem im Wortsinne trefflichen Motto „après nous le déluge“ vertagt.

---

<sup>26</sup> Umweltbundesamt, Primärenergieverbrauch, 26. Februar 2019; <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/primaerenergieverbrauch#textpart-1>

<sup>27</sup> Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Bundes Klimaschutzgesetzes, S. 21; [https://www.bmu.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Gesetze/gesetzesentwurf\\_bundesklimaschutzgesetz\\_bf.pdf](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Gesetze/gesetzesentwurf_bundesklimaschutzgesetz_bf.pdf)

Global Carbon Project, Global Carbon Atlas; <http://www.globalcarbonatlas.org/en/CO2-emissions>

<sup>28</sup> Undatierte Mitteilung der Bundesregierung; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/co2-bepreisung-1673008>

Schweden hat einen CO<sub>2</sub> Preis von weit über €100 pro Tonne, die Schweiz und Finnland von knapp darunter; siehe The World Bank, *State and Trends of Carbon Pricing 2018*. Mai 2018, S. 11; <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/29687/9781464812927.pdf?sequence=5&isAllowed=y>

Der Internationale Währungsfonds plädiert für signifikant höhere CO<sub>2</sub> Preise. Siehe *International Monetary Fiscal Monitor*, October 2019; <https://www.imf.org/en/Publications/FM/Issues/2019/09/12/fiscal-monitor-october-2019#Mitigating%20Climate%20Change>

Es ist zwar unwahrscheinlich, aber vielleicht geschehen in den nächsten zehn Jahren tatsächlich technische Wunder, mit denen die deutschen CO<sub>2</sub> Emissionen halbiert und bis 2050 auf null gesenkt werden können. Wobei, nachdem Deutschland nur ein Prozent der Weltbevölkerung stellt, das Null-Emissionsziel fairerweise schon 2036 erreicht werden sollte.<sup>29</sup> Dies ist die Größenordnung, welche eine vernünftige und verantwortliche Politik auf dem Radar behalten muss, will sie nicht auf Zaubertricks bauen. Technische Lösungen fallen nicht vom Himmel, aber sie können durch kluge Politik katalysiert werden.

Die Risiken, Kosten und Zeitvorgaben verschiedener Optionen sollten im demokratischen Diskurs ausgelotet werden, unterstützt von wissenschaftlichem Zuarbeiten und begleitet von einer interessierten Öffentlichkeit. Klar ist: Je systematischer und schneller die unvermeidbare Transformation in Angriff genommen wird, desto vorteilhafter ist dies für den Innovations- und Industriestandort Deutschland und umso höher sind die Chancen, die Diskussion auf europäischer und globaler Ebene zu beeinflussen. Im Moment geht es aber in die andere Richtung. Der Ausbau der Windenergie stagniert, und wie schon in der Solarindustrie vor ein paar Jahren, werden zehntausende Stellen abgebaut. Die Geschäftsbedingungen für Windanlagen werden mit dem Klimagesetz – durch die Vergrößerung des Abstands zu Wohngebieten – sogar noch verschlechtert.

Der erforderliche großflächige Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ist ein nationales Projekt, kein parteipolitisches. Der Industriestandort Deutschland – der Arbeits- und Aktienmarkt, die Altersvorsorge und das Steuersystem – braucht eine funktionierende Wirtschaft. Lasten müssen fair und gleichmäßig verteilt werden, auch um die Industrie nicht zu verdrängen. Berechtigterweise befürchten Firmen mit hohem Risikoprofil – z.B. in den Bereichen Kohle, Öl, Gas, Verbrennungsmotoren, Plastik, Flugverkehr, Versicherungen – den Rückzug von Investoren, weil ihre Verwundbarkeiten offenbar werden. Der Rahmen muss jetzt gesetzt werden, um Planbarkeit zu gewährleisten, und um das Chaos zu vermeiden, welches sich unweigerlich einstellt, wenn in einer akuten Krisensituation gehandelt werden muss. Der Spielraum, der heute noch existiert, wird rasch kleiner. Die Zeit drängt, weil die Natur nicht verhandelt, keine Kompromisse macht und ein anderes Zeitschema hat als wir Menschen.

Kann das vorsichtige Abwiegen und Zuwarten – welches Klimapolitik mehr als notwendiges Übel denn als Chance begreift – überwunden werden? Ebenso die optimistischen Vorurteile, verhängnisvollen Kurzsichtigkeiten, emotionalen Reflexe und prophylaktischen Voreingenommenheiten, ja Täuschungen, die in Demokratien vom Grundsatz her angelegt sind?

Wird die jetzige oder nächste Bundesregierung – im Verbund mit anderen – das tun, was Logik, langfristige Nationalinteressen und die Zukunft der Menschheit erfordern?

Kann und wird sie aktiv werden, bevor die Probleme zu groß sind?

Anders gefragt: Ist der erforderliche Umbau der Wirtschaft Deutschlands, ja der Welt, technisch möglich – und politisch machbar – in der kurzen Zeit, bevor das Klima kippt?

Verneinende Antworten auf diese Fragen würden nicht nur die Natur zum Unguten verändern. Die freiheitliche Demokratie wäre der Kollateralschaden.

---

<sup>29</sup> Rahmstorf, Stefan. „Wie viel CO<sub>2</sub> kann Deutschland noch ausstoßen?“ *Spektrum.de SkyLogs*, 28. März 2019; <https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/wie-viel-co2-kann-deutschland-noch-ausstossen/>